

Foto: Bernd von Jütreczenka/dpa am 10.09.2015 nach dem Besuch einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Berlin

Merkel und die Flüchtlinge

Weiß sie, was sie tut?

Ein Ansturm, der kaum noch zu bewältigen ist. Manche Syrer, die gar keine Syrer sind. Und Bürger, deren Ängste wachsen. Doch die Kanzlerin bleibt unbeirrt. Warum? POLITIK

SICHERHEIT

Starke Truppe

Demos, Grenzkontrollen, Schutz für Asylbewerber: Unglaublich, was die deutschen Polizisten gerade leisten VON HEINRICH WEFING

Normalerweise schaut die Presse kritisch auf die Polizei. Normalerweise spüren Journalisten Übergriffen von Beamten nach, recherchieren Fälle von Machtmissbrauch, decken Rechtsbrüche im Dienst auf. Normalerweise ist das Verhältnis von Polizei und Medien angespannt. Normalerweise. Aber gerade ist nichts normal. Dies sind Tage des Durcheinanders, der Unruhe, des drohenden Kontrollverlustes. Es sind Tage, in denen dieses wohlgeordnete, rundum abgepufferte Deutschland eine Ahnung davon bekommt, was Chaos sein könnte. Kilometerlange Staus an den Grenzübergängen; der Zugverkehr streckenweise eingestellt; Flüchtlinge, die auf eigene Faust durchs Land ziehen; Demonstrationen, die abgesagt werden, weil nicht genug Polizei aufgeboden werden kann. All das ist, zugegeben, noch nicht bedrohlich, Anarchie ist etwas anderes, und in vielen Staaten würde, was wir momentan erleben, als Idylle gelten.

Erfolgreiche Integration braucht Konflikte

Aber unruhige Zeiten sind es doch. Und deshalb muss einmal erlaubt sein, was sich Journalisten sonst stets verkneifen. Einmal sollte man es ruhig aussprechen: dass neben all den Helfern auch die Polizei, und vielleicht die Polizei ganz besonders, in diesen Tagen Fabelhaftes leistet. An den Bahnhöfen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen, beim Schutz von Unterkünften, beim Kampf gegen rechte (und linke) Schläger und Brandstifter und seit Sonntagmittag auch noch an der deutsch-österreichischen Grenze. Was da an Überstunden zusammenkommt, an ruhiger Professionalität und Engagement weit über alle Dienstvorschriften hinaus, das ist schon großartig. Respekt.

Nebenher regelt die Polizei auch noch den Verkehr, jagt Mörder und Drogendealer, sichert die Spiele der Fußball-Bundesliga oder trennt türkische und kurdische Demonstranten, die irgendwo in Deutschland aufeinander eindreschen. Fehlt eigentlich nur noch ein großer Terroranschlag, und das System wäre am Limit. Oder darüber hinaus. Und all das muss die Polizei mit Mannschaftsstärken erledigen, die in den letzten Jahren politisch absolut verantwortungs-

los runtergefahren worden sind. Eines jedenfalls ist jetzt klar: Deutschland wird in den nächsten Jahren nicht weniger Polizei brauchen, sondern deutlich mehr.

Man könnte auch sagen: Deutschland wird in den nächsten Jahren einen ziemlich starken Staat brauchen.

Wenn nicht alles täuscht, wird diese Republik reichlich in Bewegung geraten durch die Flüchtlinge, die hier ankommen, und zwar für lange Zeit. Um die Migranten zu integrieren, wird sich diese Gesellschaft verändern müssen. Wir werden Verteilungskämpfe erleben, um billigen Wohnraum zum Beispiel, um schlecht bezahlte Jobs oder kostenlose Gesundheitsvorsorge. Wir werden auf Gewohnheiten und Besitzstände verzichten müssen, es wird Ärger geben, Ausschreitungen, Anschläge womöglich, neue Ghettos, Reibereien zwischen Ethnien und Religionen. Das wird ungemütlich, nicht selten schmerzhaft und immer politisch brisant. Es wird Ängste auslösen, vor Überfremdung, vor unbekanntem Kulturen, womöglich Rassismus und Xenophobie fördern; das kann wahrscheinlich gar nicht anders sein. Integration, wenn sie Erfolg haben soll, vollzieht sich im Konflikt.

Damit das gelingt, muss die Gesellschaft flexibel sein, umsichtig und ein bisschen lässig. Und die staatlichen Institutionen müssen stark sein. Schlank, aber stark. Denn nur starke Institutionen – eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei, unabhängige und selbstbewusste Gerichte – können den Rahmen schaffen, innerhalb dessen sich die neuen und die alteingesessenen Deutschen aneinander reiben und irgendwie gemeinsam einrichten.

Ordnung und Sicherheit sind kein Selbstzweck, schon klar, aber ohne Ordnung und Sicherheit ist alles nichts. Regeln aufzustellen und sie auch durchzusetzen, das ist der Daseinsgrund des Rechtsstaates – und, ganz nebenbei, auch der Grund, warum die Flüchtlinge zu uns kommen: Sie wissen, was Chaos und Anarchie ist, sie suchen Ruhe, Frieden, Stabilität für ihre Familien.

Im Westen ist es gerade Mode, Institutionen per se zu verachten, ihre Schwächung und Auflösung zu bejubeln. Das ist Unsinn. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte – die Polizei in Bund und Ländern erbringt ihn gerade, jeden Tag.

www.zeit.de/audio

EUROPAS SOZIALISTEN

Marke Hoffnung

Auch in Großbritannien elektrisiert ein Linker die Menschen. Doch der ärgste Gegner bleibt die Realität VON KHUÊ PHAM

Hoffnungsträger stellt man sich jung und frisch vor, aber sie können auch 66 Jahre alt und weißhaarig sein – so wie Jeremy Corbyn. Der Aldinke besetzte der britischen Labour-Partei am Samstag einen regelrechten Obama-Moment, als er mit großer Mehrheit an ihre Spitze gewählt wurde.

Corbyn war in der Partei ein Außenseiter, obwohl er seit 32 Jahren im Unterhaus sitzt, wo er vor allem für seinen Hang zum Rebellen bekannt ist. Er ist für Gewerkschaften und gegen Kriegseinsätze, er will weniger Privatisierungen und mehr Beziehungen zu Russland. Ein Mann also, der seine Positionen über die Jahrzehnte nicht verändert hat, während die Labour-Partei in die Mitte rückte. Was man eher altmodisch als visionär finden kann.

Corbyns Sieg hat nicht nur seine Partei elektrisiert, sondern auch die spanische Podemos, die griechische Syriza und die deutsche Linkspartei (die SPD reagierte verhalten). Die Euphorie ist ansteckend und irgendwie schön, schließlich hat die europäische Linke nicht viel Grund zum Jubeln. Aber in die Aufbruchstimmung hinein mischt sich ein anderes Gefühl: Da war doch was. So einen Moment gab es doch schon mal.

Die Menschen wollen an Versprechen glauben, die utopisch sind

Es ist erst sieben Monate her, dass der Grieche Alexis Tsipras mit derselben Euphorie zum Vorkämpfer eines neuen Europas ausgerufen wurde. Seine Fans bejubelten ihn mit derselben Intensität, mit der seine Gegner vor ihm warnten. In den Zeitungen wurde Tsipras mit denselben Worten beschrieben, mit denen heute Corbyn beschrieben wird: unvorhergesehen, unvernünftig, unmöglich. Wie kann es sein, dass diese beiden Außenseiter so viele Menschen von sich überzeugt haben, darunter Studenten und Intellektuelle, Angestellte und Rentner – eine bürgerliche Mitte also?

Jeremy Corbyn und Alexis Tsipras verkörpern ein Phänomen, für das der Begriff Linkspopulismus zu kurz greift. Beide wurden aus dem Nichts nach oben katapultiert, beide kommen aus Ländern, in denen jahrelange Sparmaßnahmen die Menschen ausgezehrt haben. Sie wollen an Versprechen glauben, die utopisch

sind: an Tsipras' Griechenland ohne Schulden, an Corbyns Großbritannien ohne Klassenunterschiede. Die beiden reden oft von Würde, Kampf und Gerechtigkeit; von den guten alten Werten also, rein und unverwässert von den Kompromissen der neueren Sozialdemokratie. Es ist diese Klarheit, die ihren Anhängern das Gefühl gibt, da stehe endlich mal ein Mensch und kein Politikroboter. Dass sie keine Antworten auf die komplexen Probleme der Globalisierung bietet, scheint weniger wichtig.

Es ist ein Geschenk, wenn Politiker in Menschen Hoffnung inspirieren können. Noch besser ist es, wenn sie sie auch erfüllen. Das Problem bei Aufsteigern à la Corbyn und Tsipras ist, dass Letzteres fast unmöglich ist.

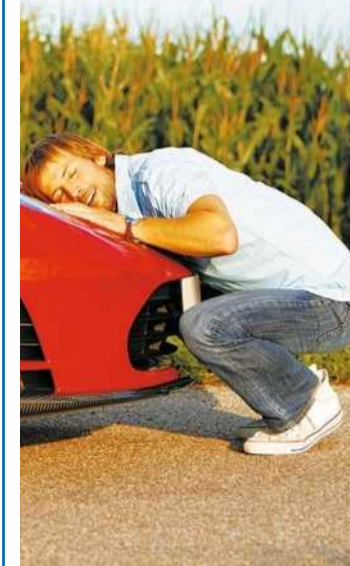
Tsipras will an diesem Wochenende als Premierminister wiedergewählt werden, doch es sieht nicht gut aus für ihn. Er hat die Sparpolitik nicht nur nicht beendet, sondern sie auch noch für drei Jahre verlängert. In den Augen seiner Anhänger ist seine Revolution zum Kompromiss verkommen, ihre Hoffnung ist zu Zynismus gefroren. Je öfter er nun beteuert, dass Politik eben zu unangenehmen Ergebnissen führe, desto mehr wirkt er wie jene, die er immer bekämpft hat.

Seine Entzauberung hat nicht nur die Syriza geschwächt, sondern auch die europäische Linke. Es ist sehr ruhig geworden um die Debatten zur Sparpolitik, in die sich im Sommer noch ein Nobelpreisträger nach dem anderen eingemischt hatte. Die spanische Schwesterpartei Podemos, kurzzeitig hochgeschossen, ist in den Umfragen wieder abgerutscht. Nun soll also Jeremy Corbyn die europäische Linke neu beleben.

Der Realitätstest steht ihm jetzt bevor: Er, der schon mal Mitglieder von Hamas als »Freunde« begrüßt hat, muss sich nun unangenehme Fragen zu seiner Außenpolitik gefallen lassen. Er, dessen Haltung zu Europa unklar ist, muss im EU-Referendum Stellung beziehen. Er, der im Parlament wie ein Straßendemonstrant saß, muss eine starke Opposition aufbauen. Vor allem aber kreist sein Denken noch immer um das britische Proletariat, während die Welt längst ein neues Proletariat geschaffen hat. Mit den Flüchtlingen kommen Menschen ins Land, die noch weniger haben und noch mehr brauchen. Alte linke Weisheiten werden nicht genügen, um ihnen zu helfen.

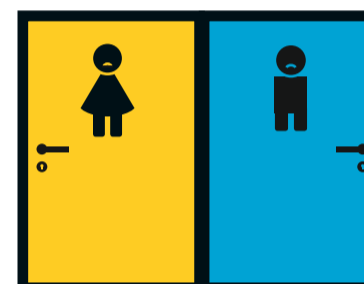
www.zeit.de/audio

Neu in der ZEIT: Der Autoteil



Liebe am Limit
Henning Sußebach über
eine komplizierte
Beziehungskiste

Wirtschaft, S. 30/31



Pädagogik in der Baracke

WC unbenutzbar:
3000 Eltern klagen
über den Zustand
der Schulen

Wirtschaft, Seite 22

PROMINENT IGNORIERT



Ohne Toronto

Seit Toronto auf eine Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2024 verzichtet hat, sind noch Los Angeles, Rom, Paris, Budapest und Hamburg im Rennen. Man stelle sich vor, die rund zwölf Millionen Einwohner dieser Städte würden in einem gigantischen Tauziehen um den Zuschlag kämpfen. Doch seit 1912 ist das Tauziehen leider keine olympische Disziplin mehr. Es findet jetzt immer vor den Spielen statt. GRN.

kleine Bilder (v. o.): Matelly/cultura/Corbis; ZEIT-Grafik; Uwe Widmann/action press

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:

Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DKR 47,00/FIN 7,30/NOR 61,00/E 5,90/
Kanaren 6,10/F 5,90/NL 5,10/
A 4,80/CHF 7,30/I 5,90/GR 6,50/
B 5,10/P 5,90/L 5,10/HUF 1990,00

N°38

70. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 104708